

# An alle, die am Konversionsprozess in Bielefeld und einer echten Bürger\*innenbeteiligung interessiert sind.



Der Koordinierungskreis Runder Tisch Konversion (RTK) und die BISS haben seit September 2022 versucht, einen Dialog mit der Stadtverwaltung und den demokratischen Parteien und Gruppen im Rat herbeizuführen. Thema: Der in Artikel 134 Abs. 3 des Grundgesetzes verbrieft Rückgabeanspruch für unentgeltlich dem Deutschen Reich überlassene Grundstücke. Bis heute gab es hierauf keine Reaktion, nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Dutzende Versuche, mit den Vertreter\*innen der Rot-Grün-Roten Ratsmehrheit ein Gespräch herbeizuführen, sind an deren aggressivem Desinteresse gescheitert. Als letztes Mittel, eine öffentliche Debatte über das Thema im parlamentarischen Raum der Stadt Bielefeld zu erreichen, haben wir uns deshalb an den Anregungs- und Beschwerdeausschuss gewandt und den Bürgerantrag „Rückübertragung Kasernengelände“ eingereicht. Nachdem dieser Antrag kurzzeitig im Nirvana der Stadtverwaltung verschwunden war, wurde am 17.09. **nachträglich** die bereits festgelegte Tagesordnung um diesen Tagesordnungspunkt erweitert. Bereits einen Tag später wurde die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem veröffentlicht, mit der Empfehlung „von einer inhaltlichen Befassung (.....) abzusehen“.

Ähnlich verhält es sich mit unserem weiteren Bürgerantrag zur Offenlegung der vielen Ungereimtheiten und Widersprüche, die sich um die Abfindungsforderung nach § 13 des Garnisonsvertrages auf tun, den die Stadt an die BImA gestellt hat. Wie bei anderen wichtigen Entscheidungen im Konversionsprozess, wurden auch hier die politischen Gremien am 28.11. nachträglich – mit nur einem Tag Vorlauf - darüber informiert, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit einem Rechtsanwaltsbüro 18 Tage zuvor eine Abfindung in Höhe von 42,1 Mio. € von der BImA gefordert hat. Bei der Sitzung des Haupt- Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss fehlten sowohl der OB als auch der Baudezernent, so dass die Politiker\*innen dies ohne Aussprache zur Kenntnis nahmen. Auch hier haben wir umgehend versucht mit den Vertreter\*innen der politischen Parteien und insbesondere mit Rot-Grün-Rot ein Gespräch zu führen, um Aufklärung über die viel zu niedrige Forderung und den damit einhergehenden Verzicht, die Kasernen nach Art. 134 GG zu reden. Auch hier wieder keine Reaktion. Und auch hier empfiehlt die Verwaltung die Zurückweisung der Eingabe. Ich habe mit mehreren Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz versucht, Unterlagen zu diesem Fragenkomplex zu einsehen zu können. Diese wurden überwiegend abgewiesen, teilweise mit unzutreffenden Begründungen. Dann bleibt nur die Klage vor dem Verwaltungsgericht, was mit einem hohen Prozesskostenrisiko verbunden ist und eine erhebliche, evtl. Jahre dauernde Zeitverzögerung mit sich bringt. Bei meiner letzten Anfrage hat die Stadt die Strategie geändert. Soweit meinen Anträgen stattgegeben wurde, wurde hier eine Gebühr von 150,- € erhoben und mit dem hohen Verwaltungsaufwand von 8 Arbeitsstunden in zwei Besoldungsgruppen begründet. Das habe ich als Schikane und Versuch empfunden, mich vor weiteren Anfragen abzuschrecken. Deshalb habe ich auch hier einen Bürgerantrag gestellt, auf diese Gebühr zu verzichten.

Auch schlägt die Verwaltung vor, den Antrag abzuweisen.

Alle drei Anträge werden in der Sitzung des Anregungs- und Beschwerdeausschuss am **Dienstag, 24.09.2024, 17 Uhr, Rochdale-Raum, Altes Rathaus, 2. OG**

behandelt.

Als Petent habe ich das Recht, die Anträge zu begründen. Damit werden unsere Anliegen und Fragen endlich im parlamentarischen Raum besprochen

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Politiker\*innen hierzu verhalten, besonders die von Rot-Grün-Rot.

Es wäre eine Riesenunterstützung, wenn möglichst viele Menschen an der Sitzung teilnehmen.

Deshalb bitten wir Euch, **kommt** und leitet diese Mail über Eure Verteiler weiter.

Spannend und informativ wird es auf alle Fälle.

Herzliche Grüße

Christian Presch

P.S. Wir haben zu diesem Thema eine Podcastreihe erstellt, bei der sich eine Episode mit dem Art.134.3 GG befasst. Ihr findet unseren Podcast „Bissige Konvers(at)ion“ auf vielen Podcastkanälen oder auf unserer Webseite [biss.buerger-initiative.org](http://biss.buerger-initiative.org)